

Inforadar 33

26. Juli 2019

Geschätzte Inforadarempfängerinnen und -empfänger

Die Zeit seit dem Erscheinen des letzten Inforadars wurde wasserpolitisch geprägt von Pflanzenschutzmitteln und den Diskussionen um deren Verbote. Dazwischen ging es um Plastik oder so lustige Sachen wie Kormorane und Jetskis, aber auch um Vorstösse, die auf Eawag-Aktivitäten zurückzuführen sind (z.B. zu Antibiotikaresistenzen). Wie immer erhebt die Zusammenstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ich wünsche frohes Stöbern.



Neu findet Ihr am Ende des Radars einen kleinen **Ausblick**.

Aus meiner Sicht für die **Eawag** besonders Relevantes ist mit diesem Signet bezeichnet: 



Andri Bryner

ooo

Der Bundesrat...

-  27.2. / beantragt dem Parlament, die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» [ohne Gegenvorschlag abzulehnen](#).
- 27.2. / verankert das [Verbot von Jetskis](#), das Schleppen von Parasailing-Fallschirmen und Wassersportgeräte, bei denen Personen durch einen Wasserstrahl aus dem Wasser gehoben werden auf Wunsch Frankreichs explizit im Reglement über die Schifffahrt auf dem Genfersee.
- 22.3. / hat zwei Delegierte für die Agenda 2030 gewählt und die bundesinterne Organisationsstruktur so geändert, dass die [Schweizer Nachhaltigkeitspolitik](#) besser werden soll.
-  17.4. / genehmigt [Änderungen in sechs umweltrelevanten Verordnungen](#), darunter ChemRRV und GschV (Ausbau auch von kleineren ARA ab 2028)
- 15.5. / nimmt Stellung zur Interpellation von Thomas Hardegger (sp/ZH). Thema „[Antibiotikaresistenzen schmuggeln sich durch Kläranlagen](#)“. In seiner Antwort stützt sich der BR auf Zahlen von Eawag-Untersuchungen.
- 22.5. / nimmt Stellung zur Interpellation von Maja Graf (grüne/BL), die Fakten zur bisher wenig beachteten [Verbreitung von Pestiziden in der Luft](#) aber auch zur Wirkung von Substanzkombinationen (Cocktail effekt) in der Schweiz fordert.

Parlament

-  11.2. / Die UREK-S will [keinen Gegenvorschlag zur Trinkwasserinitiative](#).
- 5.3. / Der Nationalrat nimmt ein Postulat an, das einen [Aktionsplan gegen Mikroplastik](#) fordert. Urheberinnen sind Martina Munz (sp/SH) und Adèle Thorens Goumaz (grüne/VD). Am 5.6. schiebt Ursula Schneider Schüttel (sp/FR) noch ein Postulat nach zum Thema [Reifenabrieb als grösste Quelle von Mikroplastik](#).
- 21.3. / Beat Jans (sp/BS) fordert mit einer Parlamentarischen Initiative einen „konsequenten Schutz des Grund-, Trink-, Fluss- und Seewassers vor nachweislich schädlichen Pestiziden“.
-  17.5. / Die [WAK-N lehnt einen Gegenvorschlag](#) zu den beiden Initiativen (Trinkwasser und Pestizidverbot) ab. Im Vorfeld haben sowohl das Duo [Bauernverband/Agroscope](#) als auch das Gespann [VSA/Fischereiverband](#) Studien präsentiert (pdfs) über Folgen und Auslegung der Initiativen.

- 5.6. / Munz Martina (sp/SH) fragt mit einer Interpellation, welche Massnahmen der AP22 tauglich seien, um [Ammoniak- und Nitratbelastungen sowie Stickstoffemissionen in die Gewässer](#) in relevantem Ausmass zu reduzieren.
- 11.6. / Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Standesinitiative des Kantons Bern keine Folge geleistet, wonach in [Moorlandschaften hätten Kraftwerke](#) errichtet werden dürfen.
- 18.6. / Jaques Bourgeois (fdp/FR) will mit einer Interpellation [verhindern, dass das Bafu sich zu den Pestizidinitiativen äussert](#), obwohl der Bundesrat schon Stellung bezogen hat.
- 18.6. / Claudia Friedl (sp/SG) verlangt mit einer Interpellation, [mit Gewässerrenaturierungen gegen den Biodiversitätsverlust](#) anzugehen.
- 20.6. / Isabelle Chevalley (glp/VD) möchte mit einer Interpellation “Ein [Zigarettenstummel = 12'000 Mikroplastik-Partikel](#)“ den Bundesrat zum Handeln bringen.
- 20.6. / Kathy Ricklin (cvp/ZH) möchte die [Reduktion der Mehrwertsteuer für Pestizide abschaffen](#). Zum selben Thema hatte Denis de la Reussille (pda/NE) schon im März eine [Motion](#) eingereicht. Der Bundesrat hat Ablehnung beantragt, weil die Lenkungswirkung gering wäre, die Lebensmittelproduktion aber verteuert würde.
- 20.6. / Valérie Piller Carrard (sp/FR) wünscht sich mit einer Interpellation mehr Unterstützung der Berufsfischerinnen und [Berufsfischer gegenüber der Konkurrenz durch Kormorane](#).
- 20.6. / Martina Munz (sp/SH) verlangt in einer Interpellation, dass Mischungstoxizität ([Cocktail Effekte](#)) bei der Zulassung von Pestiziden berücksichtigt wird.
- 20.6. / Silva Semadeni (sp/GR) fragt in einer Interpellation, weshalb der [ÖLN in Bezug auf PSM wirkungslos](#) sei.
- 21.6. / Carlo Sommaruga (sp/GE) möchte die [Biodiversität in grenzüberschreitenden Wasserläufen](#) besser schützen. Auslöser ist eine geplante Abfüllanlage im grenznahen Divonneles-Bains /F.
- 21.6. / Pierre-André Page (svp, FR) möchte mit einer Motion Aquakulturen/[Fischzuchten als Zweig der Landwirtschaft](#) zulassen.
- 21.6. / Mit einer parlamentarischen Initiative verlangt Hansjörg Knecht (svp/AG), dass Bäche auch bei Eingriffen entgegen dem GschG [nicht ausgedolt](#) werden müssten. Mit einer Motion will er zudem die [Subventionen für Revitalisierungen kürzen](#).
- 21.6. / Der Nationalrat erledigt nach der positiven Stellungnahme des Bundesrats die Interpellation von Martina Munz (sp/SH) zum [Rückgang von Insekten in Bergbächen](#). Insbesondere verspricht der Bundesrat, bis Ende 2021 eine Situationsanalyse vorzulegen über die Entsanderspülungen.

Verwaltung

- 16.1. / Das Bafu veröffentlicht die Resultate einer Umfrage bei den Kantonen über den [ungenügenden Schutz der Trinkwasserfassungen](#).
- 14.2. / Das BFE spricht 101 Millionen an [Investitionsbeiträgen für Grosswasserkraftwerke](#).
- 26.2. / Das Bafu publiziert einen Statusbericht zur Situation mit [Quecksilber in der Schweiz](#) mit Angaben zum Eintrag, Frachten und Konzentrationen in Gewässer.
- 14.3. / Das Uvek schickt ein Verordnungspaket mit [umweltrelevanten Erlassen](#) bis zum 21.6. in die Vernehmlassung. Es geht u.a. um Altlasten, den Umgang mit Gülle und Änderungen in der Verordnung zur Chemikalien-Risikoreduktion.
- 25.3. / Agroscope legt einen Bericht vor über die [P-Belastung des Baldeggersees](#) (pdf). Fazit aus Sicht Eawag: Es sind sehr viele Flächen, die beitragen. Also braucht es flächige Massnahmen.
- 18.4. / Das Bafu präsentiert das geplante [Rechtsetzungsprogramm im Umweltbereich von 2019 bis 2022](#) (pdf), darunter Änderung im Gewässerschutz (Einleitungsbedingungen ARA und numerische Anforderungen an die Wasserqualität).

- 27.3. Interview mit [Eva Reinhard](#) (agroscope) zu PSM.
- 🔹 12.6. / Das BLW [verbietet 12 Chlorpyrifos-Produkte](#), 9 davon sofort. Siehe auch Tagesschaubeitrag zu [Chlorothalonil im Trinkwasser](#) vom 18.7. und zugehöriger Webbeitrag „[Gefahr aus dem Wasserhahn](#)“.
- 🔹 19.6. / Bafu, BLW und Bundesamt für Raumentwicklung haben mit der BPUK und der LDK zusammen eine „Modulare Arbeitshilfe zur [Festlegung und Nutzung des Gewässerraums](#) in der Schweiz“ publiziert. Es ist davon auszugehen, dass das Dokument in Rechtsfällen zitiert wird.

Weiteres / Kantone / Ausland

- 🔹 7.2. / Die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins IKSR empfiehlt eine [zusätzliche Reinigungsstufe für Kläranlagen](#) gegen Mikroverunreinigungen.
- 10.2. / Das Zürcher Stimmvolk lehnt das [neue Wassergesetz](#) ab. Einer der Gründe dafür war, dass das Gesetz eine Privatisierung von Wasserversorgungen zugelassen hätte (NZZ Analyse).
- 11.2. / Die EU rügt das deutsche Bundesland Nordrhein Westfalen wegen zu hoher Nitratbelastungen im Grundwasser. Jetzt soll vermehrt Gülle auf den Höfen aufbereitet werden ([NoMix auf dem Bauernhof...](#))
- 12.2. Das Umweltbundesamt in Deutschland erklärt die Bewertungsgrundlagen für [Materialien mit Trinkwasserkontakt](#) für rechtsverbindlich.
- 18.2. / Die EU Kommission will (Grau)[Wasserrecycling für die Bewässerung](#) zulassen.
- 21.2. / Der Energiekonzern Axpo klagt über [hohe Abgaben für Wasserkraft](#). (Ein Vergleich mit den Anteilen der Abgaben an den Gesteungskosten fehlt.)
- 9.3. / Die EU will den Eintrag von [Arzneimitteln in die Umwelt](#) reduzieren, allerdings vorerst nur mit „weichen“ Massnahmen, nicht mit neuen Gesetzen.
- 15.3. / Der Deutsche Bundesrat folgt dem Antrag der Länder Bayern, Thüringen und Hamburg, die ein [Verbot von Mikroplastik in Kosmetika](#) gefordert haben.
- 20.3. / Die IKSD verabschiedet ein Positionspapier zur [Wasser- und Agrarpolitik im Donaauraum](#):
- 12.4. / Die Stickstoffreduktion ist in Deutschland auch darum Thema, weil die EU-Nitratrichtlinie seit Jahren nicht eingehalten wird. Umweltverbände haben ein Papier: „[Kehrtwende für den Gewässerschutz: Stickstoffüberschüsse jetzt wirksam reduzieren](#)“ (pdf) publiziert.
- 4.6. / Die Stadt Wien [investiert gegen Hitzeinseln](#), unter anderem mit Nebelduschen, Wasserspielen und begrünten Fassaden.
- 13.6. / Deutschland will die Düngeverordnung verschärfen zum [Schutz des Grundwassers vor zu viel Nitrat](#).
- 29.6. / Die [Meeresverschmutzung mit Plastikmüll](#) (und Mikroplastik) war auch Thema am G20-Gipfel in Osaka und findet sich in der offiziellen Deklaration der G20-Leader (Punkt 39).
- 1.7. / In Österreich wird die öffentliche Wasserversorgung verfassungsrechtlich abgesichert. Eine [Wasserprivatisierung wird verunmöglicht](#).
- 11.7. / In Österreich [verbietet das Parlament Glyphosat](#) generell.
- 17.7. / Bayerns Landtag stimmt dem von 1,8 Millionen(!) Bürgerinnen und Bürgern unterzeichneten Volksbegehren „[Rettet die Bienen](#)“ klar zu. Schon ab 1.8. wird der Natur- und Artenschutz in Bayern damit verstärkt – ganz besonders auch entlang von Bächen und Flüssen.

Ausblick zweites Halbjahr 2019

- Die parlamentarische Debatte über die Trinkwasserinitiative und die Pestizidverbotinitiative geht weiter, die WAK-S hat am 28.6. von der Verwaltung noch mehr Informationen verlangt und will am 28.8. entscheiden, ob allenfalls doch ein Gegenvorschlag erarbeitet werden soll. Zwischen dem BLW und dem Bafu wird heftig um die stoffspezifischen Anforderungswerte gerungen. Offen ist unter BR Parmelin auch das von seinem Vorgänger Schneider-Amman abgegebene Versprechen, das Zulassungsverfahren für PSM grundlegend zu überprüfen und eventuell eine unabhängige(re) Instanz dafür zu schaffen.
- Auf Revitalisierungen (und die Ausscheidung von ausreichenden Gewässerräumen) wird von der Landwirtschaftslobby weiterhin massiv Druck ausgeübt. Die Beratung der Vorstösse von Hansjörg Knecht muss zeigen, wie ernst es dem Parlament ist mit der Umsetzung des GschG. Siehe dazu auch Artikel im Blick vom 12.7. über „Enteignungen“ für Revitalisierungen.
- Der Entscheid des Bundesgerichts im Fall Lorze (ZG) hat die Situation in Bezug auf uralte ehehafte Wasserrechte bzw. Wasserkraftwerke verändert. Wie die Kantone den Entscheid nun umsetzen, muss sich zeigen. Klar ist, dass es keine unbefristeten Rechte mehr geben darf und jede Änderung einer Anlage zwingend eine Neukonzessionierung bedingt. (Artikel Luzerner Zeitung dazu).
- Die Sanierung der gestörten Fischwanderung bis 2030 ist v.a. in Bezug auf den Abstieg eine grosse Herausforderung. Der Bundesrat hat schon im November 2018 (Antwort Interpellation Reinmann) erklärt, dass die verfügbaren Mittel im Umfang von rund einer Milliarde Franken voraussichtlich nicht ausreichen, um alle sanierungspflichtigen Anlagen zu berücksichtigen. Deshalb ist das Bafu daran, Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Wir sind gespannt

Inforadar abonnieren? >>

https://www.internal.eawag.ch/fileadmin/intranet/kommunikation/beratung/politisch/abo_inforadar.pdf